

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.04.2005

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 18:45 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis – Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein- ladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Der TOP 8 wurde eingefügt aus dem nichtöffentlichen Teil.

Frau Wolff fragte nach dem Antrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur Konzeption zur Errichtung eines Beteiligungsfonds aus der Sitzung des Stadtrates vom 25.08.2005.

Frau Beßler führte aus, dass dieser Antrag in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften verwiesen wurde.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung habe noch kein abschließendes Votum über diesen Antrag gefasst. Der Ausschuss für Finanzen habe am 21.09.2005 beschlossen, das abschließende Votum abzuwarten.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am 08.03.2005
4. Feststellung Jahresabschluss 2003 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: IV/2005/04838
5. Feststellung Jahresabschluss 2003 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: IV/2005/04840
6. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: IV/2005/04805
7. Gründung eines Eigenbetriebes zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04597
8. Erhalt eines hochrangigen Denkmals der halleschen Salzgewinnung für die Ausstellung "Wandel Halle"
Vorlage: IV/2005/04812
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
10. Anfragen von Stadträten
11. Beantwortung von Anfragen
12. Anregungen
13. Mitteilungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am
08.03.2005**

Protokoll:

Herr Bönisch fragte, wann die Thematik „Gesellschafterfunktion der Stadt“ im Ausschuss beraten werde.

Herr Funke führte aus, dass die Bitte an die BMA zur Vorbereitung des Tagesordnungspunktes herangetragen wurde. Diese bat, die Thematik für Juni 2005 vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am 08.03.2005 wird bestätigt.

**zu 4 Feststellung Jahresabschluss 2003 der Entwicklungsgesellschaft In-
dustriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: IV/2005/04838**

Protokoll:

Frau Weiß hob hervor, dass die Gesellschaft zum wiederholten Mal einen Fehlbetrag erwirtschaftet habe.

Herr Weiland kritisierte, dass dem Lagebericht nicht zu entnehmen sei, welche Tätigkeiten sie im Berichtszeitraum vorgenommen habe.

Herr Walter erläuterte, dass die Gesellschaft keine eigene Geldbewirtschaftung durchführe. In 2003 wurden Planungsleistungen, der Abschluss des Umlegungsverfahrens, der Anschluss an die Autobahn Ost, Verhandlungen zu Ausgleichsflächen, neue Pachtverträge, Akquisition des Geländes u. a. durchgeführt.

Auf Anfrage von Frau Wolff führte Herr Walter aus, dass der Jahresabschluss 2004 zur Zeit erarbeitet werde und in 3-4 Wochen fertig gestellt sei.

Herr Misch führte aus, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU-Fraktion zur Stadtratssitzung vom 24.03.2004 betreffend die Übertragung der Geschäftsführung (III/2004/04002) darauf abgestellt wurde, dass sich der Fachbereich Wirtschaftsförderung bis in die erste Phase des neuen Stadtrates hinein in der Umstrukturierung befinden wird. In diesem Zusammenhang werde auch die Rolle und die Anbindung der EVG neu überdacht. Das Anliegen des Antrages werde dann nochmals geprüft werden. In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 20.04.2004, in der der Antrag beraten wurde, wurde die Oberbürgermeisterin beauftragt,

unverzüglich die Geschäftsführung der EVG an einen städtischen Bediensteten zu übertragen.

In einer Stellungnahme der Verwaltung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.10.2004 mache die Verwaltung ebenfalls Ausführungen bezüglich Untersuchungen, die EVG als Instrument der Wirtschaftsförderung künftig noch effizienter einzusetzen oder andere effizientere Lösungen zu finden. Es wurde dem Ausschuss vorgeschlagen, dass mit der Fertigstellung des Gutachtens am 31.01.2005 nicht nur der Wirtschaftsausschuss mit den Gesamtergebnissen, sondern der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zum vorgenannten Punkt mit diesem Gutachten nachfolgend befasst wird.

Herr Misch kritisierte, dass noch immer keine diesbezügliche Vorlage von der Verwaltung eingebracht wurde.

Bezüglich der Vermarktung der Flächen verwies Herr Walter auf Anfrage von Herrn Bönisch an den Fachbereich Wirtschaftsförderung. Ziel der Akquise sei nach wie vor der Verkauf an ein Unternehmen. Optimismus erwachse aus der Ansiedlung von DHL.

Herr Bönisch führte aus, dass er den Eindruck habe, dass die Stadt Grundstücke zu teuer angekauft habe. Herr Walter erläuterte, dass die Grundstücke zum sogenannten Hundekopf gehören und der Verkaufspreis durch den Stadtrat genehmigt wurde. Herr Bönisch fügte an, dass sich der Rat der Empfehlung der Verwaltung angeschlossen habe.

Frau Weiß bat um die Beantwortung folgender Fragen:
Welche Grundstücke befanden sich im städtischen Besitz?
Welche Grundstücke wurden dazugekauft?
Welche Grundstücke wurden abgewertet?
Welche Gründe gab es für die Abwertung?

Herr Walter informierte, dass eine parzellenscharfe Abgrenzung sehr schwer möglich sei. Die Preise wurden durch Stadtratsbeschluss festgelegt. Die Verkäufer kannten/kennen sich untereinander, so dass Preisverhandlungen fast ausgeschlossen waren. Der Einheitspreis konnte trotz der geplanten BMW-Ansiedlung durchgehalten werden. Der Umlegungsausschuss gibt Empfehlungen für die Preise ab. Eine Einschätzung über die Wirtschaftlichkeit von An- und Verkauf von Grundstücken sei nur durch eine Gesamtbilanz reell.

Frau Weiß bat um schriftliche Beantwortung ihrer Fragen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG zu folgender Beschlussfassung:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2003 wird in der von der BDO

Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 07.02.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	510.452,71 €.
Die Bilanzsumme beträgt	24.661.023,91 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 510.452,71 € wird gemäß § 10 des Gesellschaftervertrages mit der Kapitalrücklage verrechnet.

zu 5 Feststellung Jahresabschluss 2003 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: IV/2005/04840

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Frau Weiß, Herr Schramm, Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Frau Thomaschewski und Herr Walter.

Herr Weiland kritisierte, dass in diesem Lagebericht ebenfalls nicht zu erkennen sei, welche Tätigkeiten durch die Gesellschaft durchgeführt wurden.

Herr Walter führte aus, dass die Gesellschaft nicht über eigenes Personal verfüge, in 2003 habe sie sich unter anderem mit dem Projekt Phänomene befasst. Eine Umstrukturierung sei angedacht. Er wolle jedoch der Verwaltung nicht vorgreifen.

Frau Weiß fragte nach den Ursachen des Fehlbetrages. Herr Schramm fügte eine Frage bezüglich der 18.000 € Fremdleistungen an.

Herr Walter führte aus, dass die Fremdleistungen Kosten für die Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und evtl. Restzahlungen für Phänomene seien. Er sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Misch verwies auf seine Ausführungen zum vorherigen Tagesordnungspunkt und bat die Verwaltung um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- (a) Gibt es einen Auftrag von Frau Oberbürgermeisterin Häußler, Umstrukturierungsüberlegungen anzustellen?
- (b) Wenn ja, von wann ist dieser Auftrag?
- (c) Welcher Bereich wurde beauftragt, diese Überlegungen anzustellen?
- (d) Welcher Stand wurde bis jetzt erreicht?

Herr Schramm führte aus, dass er es sehr bedenklich finde, dass keine konkreten Aussagen zu den Kosten für Fremdleistungen getroffen werden können.

Aufgrund einer kurzen Diskussion wurde folgender

Beschluss gefasst:

Die Vorlage wird in die kommende Sitzung verwiesen, wenn alle offenen Fragen schriftlich beantwortet werden

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.04.2005 – öffentlicher Teil

Nach kurzer Absprache von Frau Thomaschewski und Herrn Walter wurde ausgeführt, dass die 18.000 € Fremdleistungen für folgende Ausgaben in Anspruch genommen wurden: 16.200 € Honorarleistungen für die Geschäftsführung und 2.100 € für das Projekt Phänomena.

Herr Walter betonte, dass die Verträge von Frau Thomaschewski und ihm im Juni 2005 auslaufen und nicht verlängert werden.

Beschluss:

Der vorige Beschluss zur Verweisung der Vorlage in die kommende Sitzung wird aufgehoben.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Herr Schramm kritisierte, dass die Ausweisung der Honorarkosten erst nach mehreren Nachfragen erfolgte.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2003 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 07.02.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	27.128,06 €.
Die Bilanzsumme beträgt	319.542,64 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 27.128,06 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

**zu 6 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 für den EigenBetrieb
Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: IV/2005/04805**

Protokoll:

An der Beratung beteiligten wuch Frau Wolff, Herr Bönisch, Herr Misch und Frau Thomaschewski.

Frau Thomaschewski führte aufgrund von Anfragen aus, dass der Bereich Kita im vorliegenden Wirtschaftsplan noch nicht herausgelöst wurde, da noch kein Stadtratsbeschluss vorliege. Für den Bereich Kita wurden die verfügbaren Zahlen aus 2004 ausgewertet. Für die Beseitigung von Graffiti-Schmierereien sei ein Budget von 50 T€ eingeplant. Durch die vorgegebene Nomenklatur sei eine separate Ausweisung im Wirtschaftsplan nicht möglich. Bezüglich des Stellenplanes führte sie aus, dass sie das Personal in seiner jetzigen Anzahl und Eingruppierung am 1.7.2004 so übernommen habe. Vorher wurden zum Teil neue Stellen geschaffen, neue Bewertungen vorgenommen und Bewährungsaufstiege gewährt. Änderungen seien für sie jetzt sehr schwierig umsetzbar.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 der Satzung der Stadt Halle (Saale) für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2004.

zu 7 Gründung eines Eigenbetriebes zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2004/04597

Protokoll:

Zu Beginn der Sitzung wurde ein Austauschblatt verteilt - § 4 wurde umformuliert – Änderungen fett markiert.

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Frau Weiß, Herr Bönisch, Herr Koehn, Herr Misch, Herr Weiland, Herr Funke, Frau Waldt und Herr van Rissenbeck.

Herr Funke informierte, dass der Beschlussvorschlag an den Beschluss des Eigenbetriebsausschusses ZGM angepasst wurde und somit für den EB ZGM eine Sicherheit von mindestens 3 Jahren erreicht wurde.

Frau Wolff führte aus, dass mit der Gründung des Eigenbetriebes ZGM die Aufgaben gebündelt bzw. Effizienz sowie ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden sollten. Sie stellte folgende Fragen:

1. Wie stellt sich die Eigentümerfrage im wirtschaftlichen Sinn nach der Herauslösung der Objekte für den Eigenbetrieb Kita dar?
2. Welche Kostentransparenz will die Stadtverwaltung erreichen?
3. Wie hoch werden die Kosten für die Ausgliederung des Betriebes eingeschätzt?

4. Wie soll die Geschäftsführung des Eigenbetriebes besetzt werden?
5. Nicht genutzte Grundstücke und bauliche Anlagen soll der EB ZGM vom EB Kita zurück erhalten. Wie soll die wirtschaftliche Verwertung dieser Grundstücke sich für den EB ZGM darstellen?
6. Wenn der Dienstleistungsvertrag nach zwei Jahren nicht bestätigt wird, wie soll dann mit dem Personal umgegangen werden, das bisher die Aufgaben des zukünftigen EB Kita erledigt hat?
7. Welchen haushaltskonsolidierenden Effekt verspricht sich die Stadtverwaltung?

Herr van Rissenbeck antwortete, dass die Gründung des EB Kita über die Grundstücksbewirtschaftung hinaus die Kosten transparenter mache. Ziel der Gründung des EB Kita sei, in 3 – 4 Jahren insgesamt eine Einsparung von ca. 1 Mio. € zu erwirtschaften. Die Gründung des EB Kita sei kostenneutral. Der Beschluss zur Gründung solle am 27.04.2005 im Stadtrat gefasst werden.

Die Betriebsleitung solle ausgeschrieben werden, sonstige Personalkostenerhöhungen seien nicht geplant. Bei Freilenkung einer Kindereinrichtung werde diese an das ZGM übergeben.

Zu Punkt 5 führte Frau Thomaschewski aus, dass nach Rückführung von Grundstücken und Gebäuden die Problematik auftrete, dass Aufwendungen für Niederschlagswasser oder zur Sicherung der Grundstücke durch das ZGM getragen werden müssen. Diese Aufwendungen ohne Gegenleistungen sind zur Zeit schwer abschätzbar. Ggf. müsse der Zuschuss um diese Beträge erhöht werden.

Herr van Rissenbeck führte aufgrund einer Anfrage von Frau Wolff aus, dass bei einer Bewerbung eines Freien Trägers zur Übernahme einer Einrichtung der EB Kita eine Vorlage an den Stadtrat weiterleiten würde, der dann über den Antrag entscheide. Der Freie Träger würde dann mit den EB ZGM Verhandlungen über einen Dienstleistungsvertrag führen müssen.

Sollte sich nach dem Ablauf von 2 Jahren herausstellen, dass das ZGM teurer als die Privatwirtschaft sei, müsse evtl. eine politische Entscheidung getroffen werden. Herr van Rissenbeck sicherte im Namen der Verwaltung zu, dass die Hausverwaltertätigkeit vollumfänglich, mit den gleichen Inhalten wie bisher, durch den EB ZGM erbracht werden. Durch die Gründung des EB Kita werde es zu keinerlei Mehraufwendungen für die Verwaltung kommen.

Die Mitglieder wiesen darauf hin, dass die Anzahl und die konkrete Benennung der Betriebsausschussmitglieder noch nicht komplett benannt worden sei.

Weiterhin wurde ausgeführt, dass die Verwaltung in der Beantwortung der Fragen im Vorfeld der Beratung der Vorlage das WIBERA-Gutachten angeführt habe. Das ZGM gab es damals noch nicht. Auf evtl. Synergieeffekte wurde in der Beantwortung nicht eingegangen. Ebenfalls nicht, ob die Bildung des EB Kita den Konsolidierungsprozess durch den EB ZGM gefährde.

Frau Waldt bestätigte, dass die Gründung des EB Kita für das PPP-Projekt der Stadt nicht schädlich sei.

Herr van Rissenbeck fügte hinzu, dass die Dienstleistungsvereinbarung zwischen den EB ZGM und Kita nicht ausgeschrieben werden müsse, da es sich nach rechtlicher Prüfung um ein In-House-Geschäft handele.

Herr Bönisch wies darauf hin, dass in § 5 von einem Betriebsleiter die Rede ist und in § 9 (2) die Betriebsleiter aufgeführt seien. Weiterhin bat er, die Notwendigkeit von Dopplungen in der Satzungen zu überprüfen.

Bezüglich der Bestellung des Betriebsleiters wurde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob dies lt. Gemeindeordnung LSA und Eigenbetriebsgesetz im Einvernehmen der Oberbürgermeisterin mit dem Stadtrat zu erfolgen hat.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die Gründung des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen (EB Kita) gemäß der als Anlage 1 beigefügten Eigenbetriebssatzung frühestens zum 01.08.2005.
2. Die Grundstücke, auf denen kommunale Kindergärten betrieben werden, werden in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen überführt. Zwischen dem Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen und dem Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement ist eine Dienstleistungsvereinbarung mit einer Mindestlaufzeit von 3 Jahren frühestens ab dem 01.08.2005 abzuschließen. Nach Ablauf von 2 Jahren werden die bestehenden Konditionen von beiden Eigenbetrieben geprüft und ggf. zwischen dem Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen und dem Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement neu ausgehandelt.
3. Der Stadtrat benennt für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen folgende Personen:
 1. N.N.
 2. N.N.
 3. N.N.
 4. N.N.

**zu 8 Erhalt eines hochrangigen Denkmals der halleschen Salzgewinnung
für die Ausstellung "Wandel Halle"
Vorlage: IV/2005/04812**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch und Herr Dr. Marquardt.

Herr Dr. Marquardt machte Ausführungen zur Vorlage.

Herr Bönisch führte aus, dass seiner Erkenntnis nach die Firma zu diesem Objekt geleitet wurde. Die finanziellen Mittel hätten prinzipiell auch in einem anderen Bereich eingesetzt werden können. Er bat, in Zukunft die Stadträte vorher einzubeziehen, wenn Spendenmittel avisiert werden, um über den Bereich zu beraten, der sie erhält. Weiterhin mahnte er das bereits längst überfällige Museenkonzept für die Stadt Halle (Saale) an.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat entscheidet:

1. Das Großsiedehaus im Denkmalensemble Saline-Halbinsel wird für die Ausstellung „Wandel.Halle“ zum Stadtjubiläum 2006 hergerichtet.
2. Der Beschluss wird nur wirksam unter dem Vorbehalt einer schriftlich vorliegenden, rechtssicheren Finanzierungserklärung durch die privaten Geldgeber.
3. Unter der Voraussetzung des Beschlusses unter der Ziffer 2 wird folgende Mehreinnahme und Mehrausgabe bestätigt:

Einnahme:

2.3212.368100-004: 500.000,- Euro

Ausgabe:

2.3212.985100-004: 428.000,- Euro
2.3212.985200-004 : 72.000,- Euro

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Protokoll:

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor, mündliche wurden nicht gestellt.

zu 10 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Berliner Brücke

Frau Wolff bat um schriftliche Beantwortung folgender Frage:
Wie werden die in der Presse angekündigten Mehrkosten für die Berliner Brücke finanziert?

Kindereinrichtung

Frau Wolff führte aus, dass in einer Jugendhilfeausschusssitzung der Bedarfsplan Kita diskutiert wurde. Darin schlage die Verwaltung vor, dass eine sanierte Kindereinrichtung geschlossen werde. Sie bat um schriftliche Beantwortung folgender Frage:

Wie hoch waren die Kosten für die Fußboden- und Malerarbeiten der Einrichtung?

Kindereinrichtung in der Innenstadt

Herr Bönisch erläuterte, dass es in der Innenstadt ein Problem mit der Versorgung von Kinderbetreuungsplätzen gebe. Angebote lägen vor, wie dieses Problem gelöst werden könne.

Herr van Rissenbeck führte aus, dass zur Zeit eine Markterkundung und die Prüfung der Betriebserlaubnis sowie eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt werden. Er avisierte, dass die Verwaltung in Kürze eine entsprechende Vorlage einbringen werde.

Umgestaltung Marktplatz – Darstellung der Marktplatzverwerfung – Vorlage IV/2005/04843

An der Diskussion beteiligten sich Herr Schramm, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Misch, Herr Weiland, Herr Funke und Herr Dr. Marquardt.

Herr Schramm kritisierte, dass die o. g. Vorlage dem Ausschuss nicht zur Beratung vorgelegt wurde.

Mehrere Mitglieder schlossen sich der Kritik an.

Herr Krause stellte folgenden

Antrag: Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften hält am 27.04.2005, 13:00 Uhr ein Sondersitzung zu o. g. Thematik ab.

Herr Weiland verwies darauf, dass dieser Geschäftsordnungsantrag nicht zulässig sei, weil der TOP nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand.

Personalkostenerhöhung im Bereich Büro der Oberbürgermeisterin

Herr Bönisch bezog sich auf die Beantwortung vom 4.4.2005 zu den Personalkosten im Bereich OB. Er erwarte jedoch eine Begründung, warum im GB IV zusätzlich eine persönliche Referentin eingestellt wurde.

zu 11 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 12 Anregungen

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt, am 03. 05.2005, 16:00 Uhr, Stadthaus, Wappensaal, eine Sondersitzung zur Beschlussempfehlung an den Stadtrat zum Haushalt 2005 durchzuführen.

Die Unterlagen werden den Mitgliedern spätestens am 29.04.2005 zur Verfügung gestellt.

Die Mitglieder verzichten auf die Einrede der verspäteten schriftlichen Einladung. (Die heutige mündliche Einladung ist noch fristgerecht.)

zu 13 Mitteilungen

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin